

Fraktion intern

STABILE SICHERE RENTEN

**Wie wir die
gesetzliche
Rente stärken**

SEITE 6

**So wollen wir
das Leben
leichter machen**

SEITE 18

**Mehr Wachstums-
chancen für die
Wirtschaft**

SEITE 23



ROLF MÜTZENICH
MDB
Vorsitzender der
SPD-Bundestagsfraktion

Eine stabile Rente, eine starker Sozialstaat

Mit dem Rentenpaket II lösen wir ein zentrales Versprechen der SPD-Fraktion ein: Wir sorgen für stabile und sichere Renten. Dazu schreiben wir das Rentenniveau auf mindestens 48 Prozent fest. Für uns ist es eine Frage des Respekts, dass die Renten auch weiterhin mit den Löhnen Schritt halten.

Klar ist dabei: Eine starke Rente braucht Beitragszahler und deshalb einen stabilen Arbeitsmarkt. Das bedeutet gute Löhne durch Tarifbindung, Unterstützung von Beschäftigten im Wandel der Arbeitswelt durch Weiterbildung, gute Arbeitsbedingungen und die Integration von Geflüchteten und Zugewanderten in den Arbeitsmarkt. Das ist das Rezept für eine stabile Rente von morgen.

Eine klare Absage erteilen wir denjenigen, die das Renteneintrittsalter weiter erhöhen möchten. Mit uns wird es kein Renteneintrittsalter über 67 Jahre hinaus geben, weil es

für viele Millionen Rentner:innen, die einfach nicht bis 70 oder länger schufteten können, eine Rentenkürzung bedeutet. Stattdessen investieren wir in Reha- und Präventionsmaßnahmen und sorgen so dafür, dass möglichst alle ihren Job gesund bis zum Eintritt in die Rente ausüben können.

Eine klare Absage erteilen wir auch denjenigen, die Nullrunden für Rentner:innen empfehlen, um an anderer Stelle mehr Geld zur Verfügung zu haben. Wir sagen ganz klar: Wir werden nicht zulassen, dass aufgrund einer starren Auslegung der Schuldenregeln die Hilfe für die Ukraine gegen die Unterstützung von Arbeitnehmer:innen, gegen die Rente, gegen die soziale Sicherung oder auch den Kampf gegen den Klimawandel ausgespielt wird.

Wir haben in dieser Legislaturperiode trotz aller Widrigkeiten eine Menge sozialer Rechte für Arbeitnehmer:innen und deren Familien sowie für Rentner:innen verbessert

oder sogar neu verankern können. Dies macht die Menschen und unser Land stark.

Wir setzen darauf, die Schuldenbremse zu reformieren, damit neben den notwendigen Ausgaben zur Verteidigung, zur Unterstützung der Ukraine und für den Sozialstaat auch die massiven Zukunftsinvestitionen in eine moderne, nachhaltige Infrastruktur, gute Schulen und wettbewerbsfähige Betriebe getätigt werden können.

Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass starke Schultern mehr dazu beitragen, unser Land zukunftsfähig zu machen. Das entspricht unserer Vision von Gerechtigkeit.

Mit der SPD-Fraktion wird es keinen Abbau sozialer Rechte von Beschäftigten oder Rentner:innen geben. Darauf bleibt auch weiterhin Verlass.

Euer und Ihr Rolf Mützenich

IMPRESSUM

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion
Verantwortlich: Josephine Ortleb MdB,
Parlamentarische Geschäftsführerin

Redaktion: Flora Wisdorff, Stefan Hintermeier
Redaktionsschluss: 28. März 2024

Redaktionsanschrift: SPD-Bundestagsfraktion Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin
Telefon: 030 227-513 34 · Telefax: 030 227-568 00
redaktion@spdfraktion.de · www.spdfraktion.de

Layout: Dominique Mayer
Druck: Möller Pro Media GmbH, Berlin

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Abbildungen:
Photothek (S. 3, 5, 22, 23)
Mathias Krämer (S. 4, 12-13, 15-16)
Shutterstock | Mr. Luck (S. 4-11)
Susie Knoll (S. 5, 23)

Alle Abbildungen bearbeitet durch die SPD-Bundestagsfraktion.

Inhalt

SOZIALES

Das Leben **leichter** machen 18

Bürger:innen sollen besser im Alltag unterstützt werden, indem sich der Staat mehr an ihren Bedürfnissen orientiert und als Dienstleister auftritt. In den nächsten Monaten will die SPD-Bundestagsfraktion in verschiedenen Dialogformaten konkrete Vorschläge erarbeiten.

TITELTHEMA

06 Auf die Rente ist **Verlass**

Die Ampel-Koalition modernisiert und stabilisiert die Rente – und macht sie damit zukunftsfest. Davon profitieren die Menschen, die heute hart arbeiten. Ein höheres Eintrittsalter wird es mit der SPD-Fraktion nicht geben.

BUNDESTAG

22 Ein Zeichen gegen **Korruption**

Die Maskendeals von Unionsabgeordneten während der Corona-Pandemie sind straflos geblieben – diese Lücke schließen wir jetzt. – Von Johannes Fechner



INTERVIEW

Wir wollen **12** eine **Dynamik** nach oben

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dagmar Schmidt erklärt, warum die Rente sicher ist und wie sie jetzt weiter gestärkt wird.



WIRTSCHAFT

Nachhaltiges **Wachstum, 23** gerecht verteilter **Wohlstand**

Das Wachstumschancengesetz gibt Unternehmen gezielte Investitions- und Innovationsanreize und entlastet sie in Milliardenhöhe. Weitere Schritte für die Stärkung des Standorts Deutschland müssen folgen. – Von Achim Post und Verena Hubertz



AUF DIE RENTE IST VERLASS

Die Ampel-Koalition modernisiert und stabilisiert die Rente – und macht sie damit zukunftsfest.
Davon profitieren die Menschen, die heute hart arbeiten.
Ein höheres Eintrittsalter wird es mit der SPD-Fraktion nicht geben.

33 Millionen

von insgesamt 40 Millionen Arbeitnehmer:innen sind in der Rentenversicherung

Eine stabile Rente ist kein Luxusgut“, so Bundesarbeitsminister Hubertus Heil. Denn: „Es ist eine Frage der Leistungsgerechtigkeit, dass sich im Alter Arbeit auszahlt und einen deutlichen Unterschied macht.“

Menschen, die heute arbeiten und unser Land am Laufen halten, wie Pflegekräfte in Krankenhäusern und Altersheimen, Beschäftigte im Verkauf, Handwerkerinnen, Handwerker und viele andere sind schlicht auf eine stabile Rente angewiesen.

Für sie modernisiert die Ampel die Alterssicherung nun. „Das ist eine Frage des Respekts vor der Lebensleistung von Arbeitnehmer:innen“, sagt Martin Rosemann, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Mit dem Rentenpaket II wird dieses Versprechen aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt: Das Rentenniveau wird bei mindestens 48 Prozent stabilisiert. Damit wird auch dafür gesorgt, dass die Renten weiterhin mit den Löhnen steigen und Rentner:innen so an der Wohlstandsentwicklung teilhaben werden. Ohne diese Sicherung würde das Rentenniveau in den kommenden Jahren deutlich sinken: Bis 2030 auf 46,9 Prozent, und 2040 würde es dann bei 44,9 Prozent liegen.

Im März hat Hubertus Heil die Pläne vorgestellt – bis zum Sommer soll das Gesetz im Bundestag verabschiedet werden.

Die Sicherung des Mindestniveaus wirkt in einem ersten Schritt bis Mitte 2040. Dann müssen laut Gesetz für die Zeit nach 2040 weitere Vorschläge zur Sicherung dieses

Rentenniveaus unterbreitet werden. So haben auch junge Menschen die Garantie, dass sie nach dem Arbeitsleben eine ordentliche Rente bekommen.

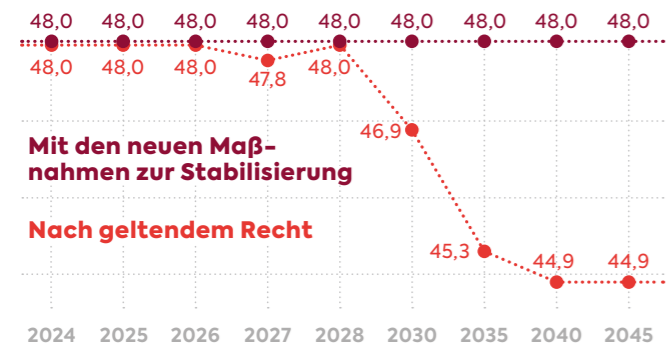
Herzstück der Alterssicherung

Mit Blick auf die demografische Entwicklung ist das keine Selbstverständlichkeit. Zwar hat sich die Rentenversicherung über die letzten Jahrzehnte als stabiles und verlässliches System bewährt. Die allermeisten Arbeitnehmer:innen sind gesetzlich rentenversichert (knapp 33 von insgesamt 40 Millionen Arbeitnehmer:innen). Für rund zwei Drittel der über 65-Jährigen ist die gesetzliche Rente die wichtigste Einkommensquelle im Alter. Die gesetzliche Rente ist und bleibt also das Herzstück der Alterssicherung in Deutschland – doch sie steht vor Herausforderungen, wenn auch nicht so groß, wie befürchtet.

Vor allem die demografische Entwicklung hinterlässt Spuren. Die gesetzliche Rente wird überwiegend über das Umlageverfahren finanziert. Das bedeutet, dass vor allem die Beitragszahlenden die laufenden Rentenzahlungen finanzieren. Gleichzeitig erwerben sie selbst Rentenansprüche, die dann wiederum die nachfolgenden Generationen finanzieren.

In naher Zukunft gehen die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er, die sogenannten „Babyboomer“, in den Ruhestand. Gleichzeitig hat die steigende Lebenserwartung dazu geführt, dass sich der Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerung deutlich erhöht hat – während nachfolgende Generationen weniger Kinder bekommen haben. Klar ist, dass das Umlageverfahren also unter Druck steht: Denn weniger Beitragszahler:innen finanzieren die Renten von mehr Empfänger:innen. Deshalb würde das Rentenniveau ohne Sicherung zwangsläufig sinken.

Rentenniveau in %



Mit den neuen Maßnahmen zur Stabilisierung

Nach geltendem Recht

Das **Rentenniveau** gibt an, wie hoch die Altersbezüge eines Rentners, der 45 Jahre lang immer zum Durchschnittslohn gearbeitet hat, im Verhältnis zum aktuellen Durchschnittslohn ausfallen.

67 Jahre

Auf dieses Alter steigt das gesetzliche Renteneintrittsalter bis 2031 an. Eine Erhöhung darüber hinaus lehnt die SPD-Fraktion ab.

System steht besser da als befürchtet

Die demografische Belastung wird bis 2040 weiter zunehmen. Jedoch lassen die aktuellen Vorausberechnungen den Schluss zu, dass diese Belastung weniger stark ausfallen wird als angenommen (siehe Grafik unten). Und auch die Beiträge – eine wichtige Stellschraube für die Finanzierung der Rente – sind weniger stark gestiegen als befürchtet: Sie sind heute mit 18,6 Prozent deutlich niedriger als in den 1990er Jahren. Das liegt an einem starken Arbeitsmarkt, auf dem heute mehr ältere Beschäftigte, Frauen und ausländische Fachkräfte arbeiten als früher. Und je mehr Menschen in sozialversicherungspflichtige Arbeit gebracht werden, umso mehr Beiträge stärken die Rente.

Es ist also möglich, mit den richtigen Weichen die Rente fit für die Zukunft zu machen. Bei der Finanzierung setzt die Bundesregierung vor allem auf den Arbeitsmarkt, indem sie ermöglicht, dass möglichst viele Menschen im erwerbsfähigen Alter arbeiten – und zwar mit guten Löhnen.

Der Arbeitsmarkt ist der Schlüssel

So soll die geplante Stärkung der Tarifbindung durch mehr gute Löhne für höhere Beitragszahlungen sorgen. Die bereits beschlossene bessere Unterstützung von Aus- und Weiterbildung trägt auch zur Sicherung der Finan-

zierung der Rente bei, genauso wie das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, da damit mehr Fachkräfte einfacher nach Deutschland einwandern und die aufgrund des Fachkräftemangels offenen Stellen besetzen können.

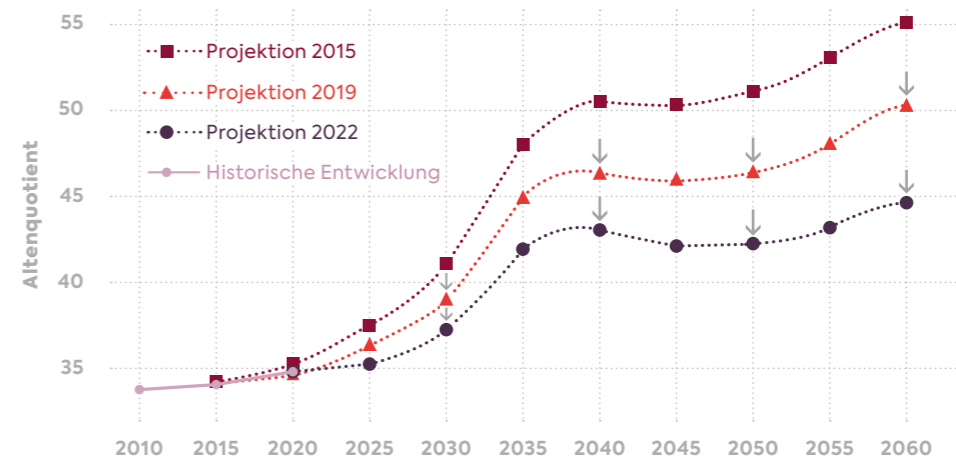
Da auf mittlere bis lange Sicht die Beitragsätze aufgrund der demografischen Lage dennoch steigen werden, legt die Koalition bereits heute den Grundstein dafür, dass dieser Beitragsanstieg begrenzt wird. Dazu soll eine zusätzliche Finanzierung aufgebaut werden: das sogenannte „Generationenkapital“. Dieser Fonds soll bis Mitte der 2030er Jahre mit einem Kapitalstock in dreistelliger Milliardenhöhe ausgestattet sein – aus Eigenkapitaleinzahlungen des Bundes und insbesondere durch Darlehen.

12 Milliarden €

stellt der Bund für 2024 erstmalig als schuldenregelneutrales Darlehen als „Generationenkapital“ zur Verfügung. Die erwirtschaftete Rendite soll dann in die Rentenversicherung fließen, wenn der Finanzbedarf hoch ist, und so den Anstieg der Beiträge dämpfen.

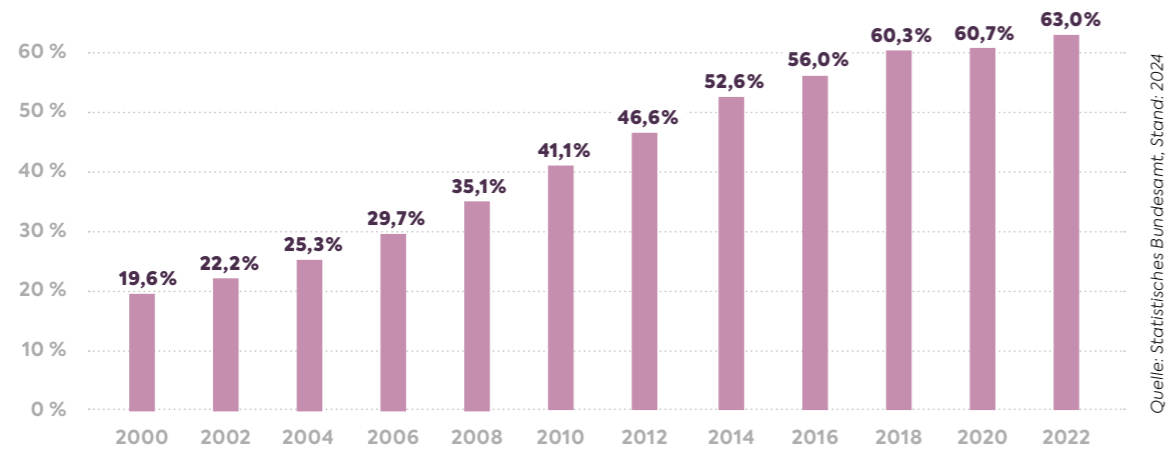
Entwicklung des Altenquotienten (2010–2060)

(Anzahl der Menschen im Rentenalter je 100 Menschen im Erwerbsalter)



Quelle: Deutsche Rentenversicherung, 2023

Entwicklung der Erwerbstätigenquote, 60- bis 64-Jährige



Die erwirtschaftete Rendite soll dann in die Rentenversicherung fließen, wenn der Finanzbedarf hoch ist, und so den Anstieg der Beiträge dämpfen. 2029 wird die Bundesregierung prüfen, ob die Entwicklung des Fonds auf dem richtigen Weg ist oder ob nachgesteuert werden muss.

Eine Rente, in die alle einzahlen

Anders als die Union, die für die Erhöhung des Renteneintrittsalters plädiert, um die Finanzierung der Rente zu sichern, schließt die SPD-Fraktion eine Erhöhung des Renteneintrittsalters über 67 Jahre strikt aus. „Das wäre zutiefst ungerecht“, so Fraktionsvizein Dagmar Schmidt. „Diejenigen, die lange und schwer arbeiten, erreichen oftmals jetzt schon nicht als Arbeitnehmer:innen das Renteneintrittsalter. Jede Erhöhung wäre für diese Menschen eine Rentenkürzung.“ Menschen, die 45 Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt haben,

sollen zudem mit der entsprechend geltenden, niedrigeren Altersgrenze weiterhin abschlagsfrei in Rente gehen können.

Die SPD-Fraktion sieht mittelfristig andere, bessere Wege, um das Rentensystem langfristig noch zukunftsfester zu machen: Eine weitere Stellschraube neben der Förderung von Erwerbstätigkeit und guter Löhne ist, sie auf „breitere Beine“ zu stellen, wie Arbeitsminister Heil sagt. Und zwar dadurch, dass man auch Selbstständige, Abgeordnete und Beamt:innen mit einbezieht in die Rentenversicherung. So würde sich die Basis der Einzahlenden vergrößern.

Die Bürger:innen können sich jedenfalls auf ihre Rente verlassen. „Die Rente ist sicher, und wir stabilisieren das Rentenniveau bis ins Jahr 2040“, so Dagmar Schmidt. „Das ist ein großes Signal für soziale Sicherheit.“

Rechenbeispiel zur Rente einer Krankenschwester nach 45 Erwerbsjahren

Eine ausgebildete Krankenschwester aus Sachsen verdient rd. 3.100 Euro pro Monat. Wenn sie heute **57 Jahre alt** ist und im Jahr 2032 nach 45 Erwerbsjahren im Alter von 65 Jahren in Rente geht, würde ihre Rente dank des Rentenpakets statt rd. 1.450 Euro rd. 1.500 betragen. Das ist ein Plus von rd. 600 Euro im Jahr.

Wäre sie heute erst **49 Jahre alt** und würde erst im Jahr 2040 nach 45 Erwerbsjahren im Alter von 65 Jahren in Rente gehen, wäre die Differenz mit rund 1.100 Euro bzw. 6,3 Prozent im Jahr sogar noch höher. (Berechnungen auf Basis des Jahres 2023 ohne weitere Rentenanpassung)

Das hat die Ampel für die Rentner:innen schon erreicht:

• Kräftige Rentenerhöhungen

Die Altersbezüge halten Schritt mit der Lohnentwicklung und den Preissteigerungen. 2022 gab es ein kräftiges Rentenplus: 5,35 Prozent im Westen, das größte Plus seit 40 Jahren, und 6,12 Prozent im Osten. Ein Jahr später stieg die Rente im Westen um 4,39 Prozent und im Osten sogar um 5,86 Prozent. Zum 1. Juli 2024 steigen die Renten bundesweit um weitere 4,57 Prozent.

• Erwerbsgeminderte im Bestand erhalten ab 2024 höhere Bezüge.

Für rund drei Millionen Erwerbsgeminderte im Bestand, die von früheren Verbesserungen nicht profitiert haben, wurden nun spürbare Verbesserungen auf den Weg gebracht: Ab Juli 2024 erhalten sie einen pauschalen Zuschlag von bis zu 7,5 Prozent, der an die individuelle Rentenhöhe anknüpft. Zudem werden die Zuverdienstgrenzen deutlich angehoben.

• Mehr Gerechtigkeit mit der Rentangleichung zwischen Ost und West

Ein Jahr früher als geplant, nämlich im Juli 2023, wurde der Rentenwert Ost an den Rentenwert West angeglichen. Das heißt: Ein:e Rentner:in im Osten erhält bei gleicher Erwerbsbiografie nun die gleiche Rente wie im Westen. Der Rentenwert beträgt nun 37,60 Euro in ganz Deutschland. Multipliziert mit den gesammelten Rentenpunkten (und anderen Faktoren) ergibt dieser Wert die Rente.

• Mehr Flexibilität beim Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand

Wer länger arbeiten will, kann dies tun. Bei vorgezogenen Altersrenten ab 63 Jahren wird dies attraktiver, weil die Hinzuverdienstgrenzen komplett abgeschafft wurden. Die Regelung betrifft u.a. Menschen, die mit 35 Beitragsjahren in Rente gehen, aber die Regelaltersgrenze noch nicht erreicht haben.

• Entlastung der Rentner:innen mit einer Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro

Angesichts der gestiegenen Energiepreise hat sich die SPD-Fraktion für eine Einmalzahlung für Rentner:innen in Höhe von 300 Euro stark gemacht, die bis Ende 2022 ausgezahlt wurde. Der Betrag ist steuer-, nicht aber sozialversicherungspflichtig.

• Über 100.000 Rentner:innen müssen künftig keine Steuern mehr zahlen.

Im Rahmen der Entlastungspakete wurde der Steuerfreibetrag erhöht. Das führt dazu, dass 2023 unter dem Strich 108.000 Rentner:innen keine Steuern mehr zahlen müssen. Das entlastet besonders kleine und mittlere Einkommen im Alter. Zudem sind Rentenbeiträge ab 2023 vollständig von der Steuer absetzbar.

„Wir wollen eine Dynamik nach oben“

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dagmar Schmidt erklärt, warum die Rente sicher ist und wie sie jetzt weiter gestärkt wird.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dagmar Schmidt erklärt, wie genau die gesetzliche Rente gestärkt und zukunftssicher gemacht wird, warum die weit verbreiteten Horrorszenarien zur Alterssicherung Unsinn sind – und warum es eine Erhöhung des Renteneintrittsalters mit der SPD-Fraktion nicht geben wird.

Fraktion intern: Starten wir doch gleich mit der ganz großen Frage: Ist die Rente sicher?

Dagmar Schmidt: Die Rente ist sicher. Wir stabilisieren das Rentenniveau bis ins Jahr 2040. Das ist ein großes Signal für soziale Sicherheit in unsicheren Zeiten.

Fraktion intern: Mit dem Satz „Die Rente ist sicher“ wurde der ehemalige Sozialminister Norbert Blüm von der Union 1986 berühmt, weil damals schon viele annahmen, dass die gesetzliche, umlagefinanzierte Rente angesichts der schon damals einsetzenden demografischen Entwicklung alles andere als sicher war. Siehst du dich in einer Linie mit ihm?

Dagmar Schmidt: Also in der Tradition mit Norbert Blüm würde ich mich nicht wirklich sehen, weil wir ja auch nicht die politischen Farben teilen. Aber was man feststellen kann, ist, dass zur Rente schon immer Horrorszenarien an die Wand gemalt worden sind. Keine dieser Prognosen hat jemals gestimmt. Immer war die Entwicklung für die Rente besser. Und das lag daran, dass die Arbeitsmarktentwicklung immer besser war, als sie eingeschätzt wurde. Man muss eben auch noch auf ein paar andere Dinge als nur die Demografie gucken.

Fraktion intern: Wie genau will die Ampel das Rentenniveau stabilisieren?

Dagmar Schmidt: Das Rentenniveau darf nicht unter 48 Prozent fallen. Das heißt, dass wir unser Rentenniveau auch in Zukunft an die Entwicklung der Löhne koppeln. Darauf können sich alle verlassen. Und darauf, dass man auch in Zukunft noch eine gute Rente hat. Im Gesetzesentwurf von Arbeitsminister Hubertus Heil ist auch festgeschrieben, dass die Bundesregierung 2035 einen Bericht darüber vorzulegen hat, wie auch über Mitte 2040 hinaus die Rente stabilisiert werden kann, so dass auch unsere Kinder stabile Renten haben werden.

Fraktion intern: Die Kernfrage ist ja, wie man das finanziert. Denn unser umlagefinanziertes Rentensystem steht ja schon unter Druck wegen der demografischen Entwicklung. Kannst du kurz erklären, wieso?

Dagmar Schmidt: Die Rentner:innen bekommen in unserem umlagefinanzierten System die Renten bezahlt von denjenigen, die heute arbeiten. Weil sie, als sie gearbeitet haben, die Renten der damaligen Rentnergeneration bezahlt haben. Im Idealfall lässt sich das eins zu eins durch die Beiträge derer, die gerade noch im Job sind, finanzieren. Da kommen wir aber jetzt schon länger nicht mehr mit hin, unter anderem wegen der demografischen Entwicklung – weil es schlicht weniger Jüngere und mehr Ältere gibt.

Fraktion intern: Ein Steuerzuschuss aus dem regulären Haushalt füllt die Lücken, richtig?

Dagmar Schmidt: Genau. Darin enthalten sind aber auch soziale Kostenkomponenten, weil man ja in der Rente zum Beispiel auch Erziehungszeiten oder Anrechnungszeiten wegen beispielsweise einer Mutterschaft oder schulischer Ausbildung anerkannt bekommt. Bundeszuschüsse haben eine allgemeine Sicherungsfunktion für die gesetzliche Rentenversicherung und begrenzen den Beitragssatz. Darüber hinaus dienen die Bundeszuschüsse aber auch der Kompensation nicht durch Beiträge gedeckter Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung. Denn die Rentenversicherung gibt viel Geld für Leistungen aus, die nicht als Gegenleistung zu gezahlten Beiträgen gelten. Das sind Leistungen, die dem sozialen Ausgleich dienen.

Fraktion intern: In welchem Zustand befindet sich unser Rentensystem?

Dagmar Schmidt: In einem guten. Es gab wie gesagt schon immer viele Horrorszenarien, was die Rente anbelangt, und es ist immer sehr viel besser gelaufen. Das hat mit der Stabilität unserer Volkswirtschaft und der guten Entwicklung am Arbeitsmarkt zu tun. Wir haben noch nie so viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gehabt wie im Moment. Trotzdem muss man sich der Demografie stellen. Und das tun wir, und zwar mit dem Generationenkapital.

Fraktion intern: ...das auch Teil des Rentenpakets II ist.

Dagmar Schmidt: Ja, dieser Fonds wird sozusagen neben die gesetzliche Rente gestellt. Bundesmittel werden am Kapitalmarkt angelegt,

zwölf Milliarden Euro sind dafür zunächst vorgesehen. Die Renditen fließen dann wie Steuerzuschüsse in die Rente und sollen Mitte der dreißiger Jahre, wenn die Babyboomer in Rente gehen, dann dafür sorgen, dass die Entwicklung des Beitragsatzes begrenzt wird.

Fraktion intern: Reicht das Generationenkapital denn aus? Oder brauchen wir noch mehr Geld, um das Ganze zu stabilisieren und zu finanzieren?

Dagmar Schmidt: Es gibt mehrere Stellschrauben: die Kapitalerträge, die Beiträge und Steuerzuschüsse. Oder man kann eben das Rentenniveau senken. Aber das genau wollen wir ja nicht. Es geht um einen Mix an Maßnahmen – und insofern dann auch um die Frage, Beiträge anheben zu müssen. Aber das Generationenkapital wird dafür sorgen, dass





Das Renteneintrittsalter anzuheben, wäre zutiefst ungerecht“

die Beitragssatzanstiege abgefedert werden. Unsere Arbeitsmarktpolitik wird dafür sorgen, dass wir mehr Beitragszahler:innen haben.

Fraktion intern: Man muss ja auch klar stellen: Wenn wir jetzt nichts tun würden, dann würde das Rentenniveau ja definitiv sinken, richtig?

Dagmar Schmidt: Ja, laut der Rentenversicherung auf 45 Prozent bis 2037. Also eine Rente, die jetzt bei 1.500 Euro liegt, würde dann bei 1.400 Euro liegen.

Fraktion intern: Kernbestandteil der Rentenpolitik der Ampel ist also, mehr Menschen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bringen. Wie?

Dagmar Schmidt: Ja, absolut. Wir haben trotz einer Rekordbeschäftigungsquote einen Fachkräftemangel und deswegen versuchen wir ja an allen Schrauben zu drehen, die uns zur Verfügung stehen. Eines der größten Probleme im Vergleich zu anderen Ländern ist, dass in Deutschland Frauen viel zu wenig arbeiten. Weil sie nur wenige Stunden arbeiten. Ganz oft in Teilzeit, weil die Kinderbetreuung nicht auf dem Niveau ist, wie sie sein sollte. Aber auch weil die Arbeitsteilung für die sogenannte Carearbeit, also die Familienarbeit, die Betreuung der Kinder, auch zwischen den Geschlechtern immer noch ungerecht verteilt ist. Da gibt es ein Riesenpotenzial für unseren Arbeitsmarkt, aber natürlich auch für die Stabilisierung der

Rente. Wir haben außerdem mit dem Bürgergeld einen Fokus darauf gelegt, dass eben nicht jeder jeden Job unter jeden Bedingungen annehmen muss, sondern dass wir Menschen erst qualifizieren, damit sie dann als Fachkräfte nachhaltig und langfristig in Arbeit kommen. Auch das ist ein wichtiger Beitrag. Wir fördern einen inklusiven Arbeitsmarkt, weil Menschen, die eine Beeinträchtigung haben und arbeitslos sind, oft viel besser ausgebildet sind als die, die keine Beeinträchtigung haben. Und trotzdem finden sie keinen Weg in reguläre Arbeit. Wir qualifizieren im Beruf, damit Menschen erst gar nicht arbeitslos werden oder sich aber auch im Beruf neu orientieren können. Und auch die Einwanderung ist ein wichtiges Thema zur Stabili-

sierung unseres Arbeitsmarkts, und damit natürlich auch langfristig zur Stabilisierung der Rente. Die haben wir mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz erleichtert.

Fraktion intern: Man könnte ja dieses Problem, dass sich die Alterspyramide verschiebt, auch dadurch lösen, dass man sagt, dann beginnt der Rentenbezug halt später, sprich man setzt das Renteneintrittsalter einfach rauf. Das möchte ja die Union machen. Wieso ist das keine gute Idee?

Dagmar Schmidt: Das wäre zutiefst ungerecht. Weil diejenigen, die lange arbeiten, schon jetzt oftmals nicht als Arbeitnehmer:innen das Renteneintrittsalter erreichen. Jede Erhöhung wäre für diese Menschen eine Rentenkürzung. Wer länger arbeiten möchte, kann das schon jetzt, und es lohnt sich: Für jeden Monat gibt es 0,5 Prozent mehr Rente. Das sind im Jahr bis zu sechs Prozent. Und wer in Rente gehen will und trotzdem ganz normal weiterarbeiten möchte, der kann das auch, da wird nichts mehr abgezogen.

Fraktion intern: Also du sagst ganz klar, mit 67 ist definitiv Schluss.

Dagmar Schmidt: Ja, und wer 45 Jahre lang Beiträge gezahlt hat, der kann auch zwei Jahre früher abschlagsfrei in Rente gehen.

Fraktion intern: Man könnte theoretisch auch sagen, wir lösen das alles über das Rentenniveau. Dann kriegen halt am Ende alle weniger ausbezahlt.

Dagmar Schmidt: Das könnte man tun. Aber dann wäre auf die gesetzliche Rente kein Verlass. Und viele Menschen, die lange gearbeitet haben, hätten keine sichere Zukunft. Deshalb wollen wir stabile Renten,

die sich bestenfalls nach oben entwickeln. Und deshalb ziehen wir die Haltelinie bei 48 Prozent. Wenn die Gesamtlage gut ist, dann steigen auch die Renten und damit auch das Rentenniveau. Wir wollen eine Dynamik nach oben und keine Dynamik nach unten.

Fraktion intern: Was hältst du von der Idee, die Einzahlerbasis zu verbreitern wie in Österreich, also auch Beamte, Abgeordnete und Selbstständige in die Rentenversicherung reinzuholen?

Dagmar Schmidt: Das finden wir als SPD-Fraktion gut, aber dafür haben wir noch keine Mehrheit in diesem Bundestag gefunden. Das würde aber auch nicht alle Probleme auf einmal lösen. Alle, die mit einzahlen, haben natürlich hinterher auch einen Anspruch, etwas rauszubekommen. Es ist in jedem Fall gerecht, dass möglichst viele mit einzahlen.

Fraktion intern: Manche debattieren zur Zeit darüber, dass wir ja die Bundeswehr auf Vordermann bringen und in die staatliche Infrastruktur investieren müssen, und deshalb beim Sozialstaat sparen sollten, wie etwa mit einer Nullrunde für die Rentner. Wie gehst du denn mit solchen Ideen um?

Dagmar Schmidt: Wenn es den Leuten wirklich um die Sicherung unseres Wohlstands geht, dann ist der Sozialstaat immer eine Voraussetzung dafür. Wenn man sich auf einen Sozialstaat verlassen kann, wenn man sich auf seine Rente verlassen kann, dann ist das etwas, was unsere Konjunktur stabil hält, weil die Menschen weiter Geld ausgeben.

Fraktion intern: Vielen wird die gesetzliche Rente trotz der Stabilisierung nicht reichen zum Leben. Wie sollen sie zusätzlich vorsorgen?

Dagmar Schmidt: Am besten per Betriebsrente, weil der Arbeitgeber sie mitfinanziert. Deshalb schauen wir auch immer, wie wir den gesetzlichen Rahmen der Betriebsrenten verbessern können. Wer zusätzlich privat vorsorgen möchte, kann das natürlich tun. Das möchten wir aber nicht mit Steuergeld subventionieren. Da denken wir eher in Richtung Verbraucherschutz, also dass man da nicht übers Ohr gehauen wird mit den Rentenprodukten, die man kauft.

Fraktion intern: Und was machen jene, die nur zu Niedriglöhnen einen Job finden?

Dagmar Schmidt: Wir haben für die, die viele Jahre gearbeitet haben, aber eben geringe Löhne hatten, die Grundrente eingeführt. Das ist eine Aufwertung ihrer Rente. Wir sorgen zudem für Entlastung, indem wir für sie die Sozialbeiträge verringert haben. Eines der größten Probleme mit Blick auf Altersarmut sind aber die Erwerbsminderungsrenten. Dieses Thema haben wir uns noch mal ganz besonders angenommen: Es wird im Juli noch mal eine Erhöhung von bis zu 7,5 Prozent geben, für diejenigen, die bereits eine solche Rente beziehen.



Das Gespräch mit
Dagmar Schmidt als
Podcast hören Sie hier

Das Leben leichter machen

Bürger:innen sollen besser im Alltag unterstützt werden, indem sich der Staat mehr an ihren Bedürfnissen orientiert und als Dienstleister auftritt. In den nächsten Monaten will die SPD-Bundestagsfraktion in verschiedenen Dialogformaten konkrete Vorschläge erarbeiten.



Es geht uns um die, die jeden Tag unser Land am Laufen halten. Familien stehen natürlich im Mittelpunkt. Es geht uns auch um diejenigen, die Sorgearbeit leisten oder sich ehrenamtlich für andere und ein gutes Miteinander engagieren“

— Katja Mast, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

Familien mit niedrigem Einkommen haben Anspruch auf den sogenannten Kinderzuschlag – bis zu 292 Euro monatlich, die für jedes Kind zusätzlich zum Kindergeld ausgezahlt werden. De facto aber bekommt nur etwa ein Drittel der Anspruchsberechtigten das Geld auch tatsächlich aufs Konto überwiesen. Der Rest geht leer aus. Der Grund: Die Leistung muss beantragt werden. Viele Familien reichen aber nie einen Antrag ein – oft, weil sie die Leistung gar nicht kennen.

Die SPD-Bundestagsfraktion will das ändern. Mit der neuen Kindergrundsicherung, für die sich die SPD-Fraktion stark macht, sollen Familienleistungen gebündelt und automatisch ausbezahlt werden, damit sie verlässlich bei allen ankommen, die einen Anspruch darauf haben.

Der Kinderzuschlag ist aber nur ein Beispiel von vielen. Die in der letzten Wahlperiode eingeführte Grundrente wurde von Anfang an so konzipiert, dass sie automatisch ausgezahlt wird – ohne Antrag. Beim Wohngeld hingegen ist es bis heute anders. Der Zuschuss zu den Wohnkosten für Menschen mit wenig Geld muss beantragt werden – und kommt deshalb bei vielen Menschen, die ihn dringend brauchen, gar nicht an.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar, dass der Zugang zu allen staatlichen Leistungen so einfach wie möglich gestaltet werden muss. „Den Alltag gut organisiert zu bekommen, ist in Deutschland unglaublich kompli-

ziert“, sagt die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Dagmar Schmidt. „Wenn dann noch etwas dazukommt – das Kind wird krank, ein Angehöriger wird pflegebedürftig – dann sind ganz viele Menschen schnell an ihren Grenzen.“ Gerade auch im Fall von geteilten Zuständigkeiten – etwa zwischen Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungsträgern – sollten Hilfe und Unterstützung wie aus einer Hand angeboten werden, so Schmidt. Das gelte gerade auch für eine passgenaue, wohnortnahe Gesundheitsversorgung.

„Wir wollen für alle Menschen in Deutschland das Leben leichter machen, indem sich der Sozialstaat an den Lebenslagen und Bedürfnissen von Bürger:innen orientiert und nicht an Rechtskreisen und Zuständigkeiten“, heißt es in einem Positionspapier, das die SPD-Abgeordneten bei ihrer Jahresauftaktklausur im Januar 2024 beschlossen haben. Niemand dürfe von einer Stelle zur nächsten verwiesen werden. Der Staat solle sich als Anlaufstelle begreifen und Menschen dabei unterstützen, Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Um das zu erreichen, verfolgt die SPD-Fraktion die Idee zentraler Anlaufstellen, die als „Bürgerservice“ wohnortnah, barrierefrei und digital einfach erreichbar sind.

In den nächsten Monaten will die SPD-Bundestagsfraktion in verschiedenen Dialogformaten konkrete Konzepte erarbeiten, wie den Menschen der Alltag erleichtert werden kann. Dazu sollen Erfahrungen und

Problemstellungen auf verschiedenen Ebenen gesammelt werden. Ausdrücklich will die Fraktion dabei auch Hinweise und Anregungen von Bürger:innen einbeziehen.

Mitte April führen die SPD-Abgeordneten zu diesen Fragen eine Themenwoche durch. Vom 13. bis 21. April 2024 besuchen sie Einrichtungen vor Ort in ihren Wahlkreisen und organisieren mobile Sprechstunden, um sich mit Bürger:innen über die Idee eines modernen Sozialstaates auszutauschen – von sozialer Sicherheit über Bildungs- und Familienpolitik bis hin zu Digitalisierung, Mobilität und bezahlbarem Wohnen.

„Uns geht es um die Fleißigen“, sagt Katja Mast, die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion. „Es geht uns um die, die jeden Tag unser Land am Laufen halten. Familien stehen natürlich im Mittelpunkt. Es geht uns auch um diejenigen, die Sorgearbeit leisten oder sich ehrenamtlich für andere und ein gutes Miteinander engagieren. All diese Menschen in der Mitte unserer Gesellschaft wollen wir im Alltag besser unterstützen.“

Die gesammelten Eindrücke und Vorschläge sollen nach der Themenwoche in Berlin zu einem Konzept zusammengeführt werden. Im Juni plant die Fraktion eine Fachkonferenz im Deutschen Bundestag.

Das hat die SPD-Fraktion bereits erreicht:

Soziale Sicherheit

- 12 Euro Mindestlohn – verdiente Wertschätzung für harte Arbeit
- Einführung des Bürgergelds: mehr Respekt, Chancen und Sicherheit
- Einführung der Energiepreisbremsen für die Gas-, Wärme- und Stromversorgung
- Unterstützung von Empfänger:innen von Arbeitslosengeld und Grundsicherung
- Erleichterter Zugang zum Kurzarbeitergeld
- Gleicher Rentenwert in Ost und West
- Bessere Hinzuverdienstmöglichkeiten neben der Altersrente
- Bessere Erwerbsminderungsrenten
- Mehr Entlastung für pflegende Angehörige

Bildung und Familie

- Mehr BAföG für mehr junge Menschen
- Mehr Qualität in der Kinderbetreuung
- Kindergeld erhöht – auf 250 Euro pro Kind und Monat
- Kinderfreibetrag erhöht

Digitalisierung und Mobilität

- Verlässlicher Breitband- und Mobilfunkausbau (Gigabitförderung 2.0)
- Rekordinvestitionen zur Sanierung des Schienennetzes
- Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Verkehrsprojekte

Wohnen – Mieten – Bauen

- Neue Förderprogramme für bezahlbares und klimafreundliches Wohnen
- Mehr Wohngeld für mehr Menschen
- Städtebauförderung ausgebaut
- Genossenschaftliches Wohnen gestärkt

Das Leben leichter machen

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Als SPD-Bundestagsabgeordnete setzen wir uns dafür ein, dass es in allen Regionen Deutschlands eine gute öffentliche Daseinsvorsorge gibt – mit einer guten Gesundheitsversorgung, guter Pflege, einem flächendeckenden öffentlichen Nahverkehr und bezahlbaren Mieten, guten Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, aber auch vielfältigen Freizeit- und Kulturangeboten.

Wir wollen einen einfachen, unbürokratischen Zugang zu Verwaltungsleistungen, öffentlichen Dienstleistungen und sozialen Leistungen. Alle öffentlichen Angebote müssen wohnortnah, barrierefrei und wenn möglich digital erreichbar sein. Alle Menschen, die ein Recht auf Unterstützung haben, sollen diese einfach und unbürokratisch erhalten.

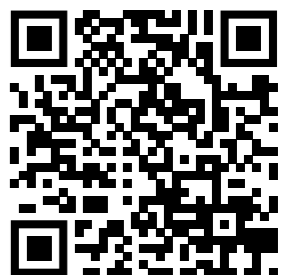
Wir möchten von Ihnen wissen:

Das Leben leichter machen – was braucht es dafür?

Schreiben Sie uns bis zum 30.04.2024 per Mail an:

dialog@spdfraktion.de

oder online unter: www.spdfraktion.de/dialog



Ihre Anregungen werden wir auswerten und in unser Arbeitsprogramm einfließen lassen. Wir freuen uns auf Ihre Meinung.

Ihre SPD-Bundestagsfraktion

Ein deutliches Zeichen gegen Korruption



Johannes Fechner,
MdB

Die Maskendeals von Unionsabgeordneten während der Corona-Pandemie sind straflos geblieben – diese Lücke schließen wir jetzt.

Es macht nach wie vor fassungslos, wie dreist während der Corona-Pandemie Abgeordnete der CDU und CSU sich die Taschen vollgemacht haben, indem sie Maskendeals für Dritte mit der Bundesregierung ausgehandelt haben. Weil sich diese Abgeordneten eine Gesetzeslücke zunutze gemacht haben, sind sie straflos geblieben und durften sogar das damit verdiente Geld behalten. Diese Lücke wollen wir nun schließen!

Die parlamentarische Demokratie lebt von Vertrauen der Bürger:innen in die Integrität der parlamentarischen Prozesse. Das trifft in besonderer Weise auf das Verhalten der Abgeordneten zu. Es ist wichtig, dass sichergestellt ist, dass Abgeordnete für das Wohl der Allgemeinheit und nicht für den eigenen Geldbeutel arbeiten.

Die zuständigen Gerichte, die diese Fälle aufgearbeitet hatten, sind zu dem Schluss gekommen, dass die damaligen Akteure nicht im Rahmen ihres Mandates gehandelt hatten.

Deshalb brauchen wir eine Strafnorm, um strafrechtlich gegen Abgeordnete vorgehen zu können, wenn sie nicht nur in Ausübung ihres Mandates, sondern auch bei einer unerlaubten Nebentätigkeit während ihrer Mandatszeit tätig werden und gegen Geld oder Vermögensleistungen bestimmte politische Interventionen unternehmen.

Wir Abgeordnete verfügen oft über gute Kontakte und privilegierten Zugang, etwa zu Ministerien oder Behörden und deshalb muss jede Dienstleistung, für die wir dann auch noch ein Entgelt bekommen, bestraft werden, und zwar unabhängig davon, ob wir explizit als Mandatsträger auftreten oder nur die Stellung als Mandatsträger ausgenutzt wird. Damit kommen wir auch dem Nachhaltigkeitsziel der Vereinten Nationen nach, Korruption weiter zu bekämpfen.

Wir haben gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern von Grünen und FDP einen Vorschlag erarbeitet, der genau diese Lücke schließt. Ganz

konkret schaffen wir mit dem Paragraph 108f Strafbuch einen neuen Straftatbestand, der die unzulässige Interessenswahrnehmung, den unzulässigen Einflusshandel durch Abgeordnete unter Strafe stellt, auch wenn die Interessenswahrnehmung außerhalb der Mandatsausübung fällt.

Im Abgeordnetengesetz haben wir bereits umfangreiche Verhaltensvorschriften erlassen, sodass es bereits jetzt verboten ist, gegen Bezahlung Interessenvertretung zu betreiben. Das reicht aber nicht, denn wir brauchen auch strafrechtliche Konsequenzen. Wir werden den vorliegenden Gesetzesvorschlag zeitnah abschließend beraten und beschließen und damit ein deutliches und starkes Zeichen gegen Korruption in der Politik setzen.

Nachhaltiges Wachstum, gerecht verteilter Wohlstand



Achim Post,
MdB



Verena Hubertz,
MdB

Das Wachstumschancengesetz gibt Unternehmen gezielte Investitions- und Innovationsanreize und entlastet sie in Milliardenhöhe. Weitere Schritte für die Stärkung des Standorts Deutschland müssen folgen.

Wir lassen die Wirtschaft nicht allein in der trüben Konjunktur. Mit dem Wachstumschancengesetz kommt ein lange erhoffter Impuls für Mittelstand und Industrie. Das Gesetz enthält Investitions- und Innovationsanreize und entlastet die Unternehmen mit ihren Beschäftigten vor allem über zusätzliche und verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten.

Das macht die Entlastungen besonders schnell wirksam, ganz ohne eine umständliche Fördersystematik. Beispielsweise profitiert die Baubranche in besonderer Weise von der degressiven Abschreibung für Abnutzung (AfA), und die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung im Allgemeinen wird erheblich ausgeweitet. Das bedeutet, dass wir sehr gezielt Anreize in wichtige Bereiche schicken und nicht mit der Gießkanne vorgehen.

Für uns besonders wichtig: Durch einen geringeren Anstieg des Besteuerungsanteils wird mit dem Wachstumschancengesetz die größte im Koalitionsvertrag enthaltene Maßnahme zur Vermeidung einer unzulässigen Doppelbesteuerung von Renten umgesetzt. Wir schließen also eine wichtige Gerechtigkeitslücke! Das sind wichtige sozialdemokratische Maßnahmen, die nach langer Blockade der Union nun endlich auch im Bundesrat beschlossen werden konnten. Insgesamt beträgt das Entlastungsvolumen 3,2 Milliarden Euro.

Angesichts der aktuell schwächelnden Konjunktur ist für uns jedoch klar, dass weitere Schritte folgen müssen. Wir werden deshalb in der Ampel weiter intensiv daran arbeiten, dass wieder mehr investiert wird. Gemeinsam mit unserem Bundeskanzler Olaf Scholz konnten wir erreichen, dass trotz knapperer Haushaltsmittel die zugesagten Mittel für große Industrieprojekte erhalten bleiben. Darüber hinaus arbeiten wir in der Fraktion an Maßnahmen, um mehr öffentliches und privates Kapital für die vor uns liegende Transformation hin zu einer klimaneutralen und digitalen Wirtschaft zu mobilisieren.

Aber auch die strukturellen Probleme werden wir angehen, damit Deutschland international konkurrenzfähiger wird. Jetzt muss es darum gehen, die Unternehmen von Bürokratie zu entlasten, mehr Fachkräfte für unser Land zu gewinnen und ganz besonders auch bezahlbare und zuverlässige Energiepreise durch den Ausbau Erneuerbarer Energien zu erreichen. Dazu zählt für uns auch die Frage, wie die Netzentgelte begrenzt werden können.

Es geht um nichts weniger, als nachhaltiges Wachstum und gerecht verteilten Wohlstand in den nächsten Jahren zu sichern. Für die SPD-Fraktion ist es daher besonders wichtig, gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zu sichern. Dazu gehören starke Tariflöhne, mehr Tarifbindung und ein starkes Sozialsystem.

